

Inhaltsverzeichnis

2-5 DSW-Mitteilungen

- 2 Wertpapierampel: Falsche Signale?
- 2 *Experten-Tipp*: Delisting gerechter gestalten
- 3 DSW-Aktionärskompass: Informiert investieren statt spekulieren
- 4 Hochtief: Geschenke an ACS
- 4 Grundwissen für Aktionäre: Das kleine Einmaleins für Investoren
- 5 HAC-Marktkommentar: DAX 15.000 im Jahre 2020

6-8 Aktivitäten der Landesverbände

- 6 Zamek-Insolvenz: Anleihebesitzer als größte Gläubigergruppe sollten sich Einfluss auf die Sanierungsgespräche sichern
- 6 SAG Solarstrom AG: Einladung zur Anleihegläubigerversammlung
- 7 Plötzlich Mitunternehmer – Anleger von den meisten Banken im Stich gelassen
- 7 Deutsche-Bank-Fonds: „Patent Select I“ kostet Anleger viel Geld
- 8 3W Power mit erfolversprechendem Restrukturierungsplan: Jetzt sollen die Anleihegläubiger zustimmen

9 Konjunkturmonitor

US-Wirtschaft nimmt Fahrt auf

10 Börsenmonitor

Turbulente Zeiten

11 Veranstaltungen – April 2014

11 Impressum

12 Mitgliedsantrag

Schluss mit lustig!



Liebe Leserin, lieber Leser,

RWE-Chef Peter Terium hatte jüngst einen schweren Gang vor sich: Anders als in den Vorjahren musste der Energieversorger dramatische Verluste in Milliardenhöhe verkünden. Teriums Rede glich einem Gang nach Canossa: „Wir sind spät in erneuerbare Energien eingestiegen – vielleicht zu spät“, stellte er ungeschminkt fest. Und wiederholte das, was für die Aktionäre der großen Versorger schon lange gilt: „Es ist schon länger Schluss mit lustig.“ Allerdings wird es wohl auch noch schlimmer kommen.

Auch für das laufende Jahr wird es in der Stromproduktion zu weiteren Einbußen kommen, da die Preise für die bereits auf Termin verkauften Strommengen nochmals unter dem Niveau des Jahres 2013 liegen. Mitarbeiter und Aktionäre stellen sich auf magere Zeiten ein.

Wie sieht der Ausweg aus dieser Misere aus? Die Produktion von Strom in Deutschland scheint es nicht zu sein. Vielmehr setzen die Versorger wie etwa E.ON auf das Ausland oder aber wie beispielsweise RWE auf andere Bereiche, wie den Handel oder aber das Leiten von Strom. Wo aber soll der Strom in den RWE-Leitungen herkommen? Wer wird uns bei diesen Strompreisen die Kraftwerke bauen, die in den nächsten zehn, 20 oder 30 Jahren dafür sorgen, dass ausreichend Strom in Deutschland produziert wird? Und zwar umweltverträglich und auch dann, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint? Diese Fragen muss allein die Politik beantworten. Sie hat die Energiewende nach Fukushima mit der Brechstange verordnet. Sie allein kann den Weg für eine nachhaltige Versorgung in Deutschland ebnen. Nachdem es Ex-Minister Peter Altmaier augenscheinlich unmöglich war, einen Masterplan für die Energieversorgung in Deutschland vorzulegen, ist nun Sigmar Gabriel als Minister für Wirtschaft und Energie am Zug. Sonst stehen wir – wie Herr Gabriel selbst richtig feststellt – vor der größten Deindustrialisierungswelle unserer deutschen Geschichte. Die Uhr tickt immer lauter.

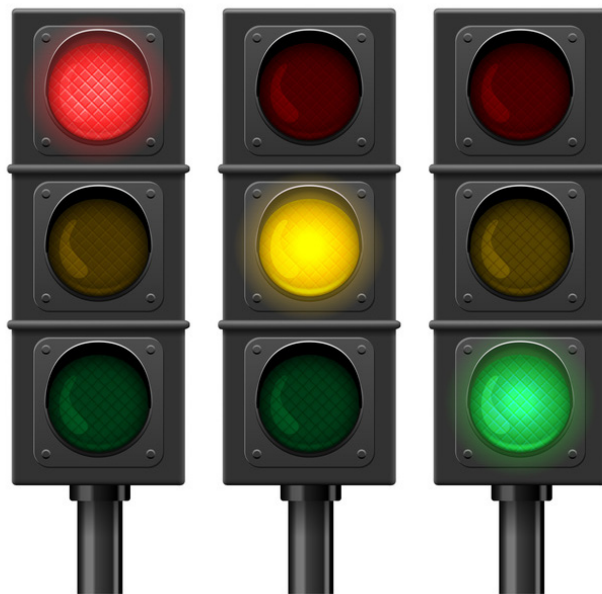
Ihr Marc Tüngler

Wertpapierampel: Falsche Signale?

Die Idee einer Ampelkennzeichnung für Produkte klingt einfach und ist bei den Verbrauchern in der Regel beliebt. Die entscheidende Frage lautet jedoch: Ist es möglich, mit Hilfe von drei Farben die vielen tausend – teils hoch komplexen – Produkte auf einen gemeinsamen, einfachen Nenner zu bringen?

Klar ist: Der Druck auf den Gesetzgeber ist nach der Prokon-Pleite im Februar 2014 enorm gestiegen – 1,4 Milliarden Euro, zum überwiegenden Teil von Privatanlegern, stehen hier im Feuer. Die Chefin der Finanzaufsicht BaFin, Elke König, brachte deshalb die Signalfarben-Idee wieder ins Spiel. Rot für riskant, Grün für sicher, Gelb für alles in der Mitte.

Bei der DSW ist man skeptisch, ob die Wertpapierampel wirklich eine so sinnvolle Idee ist, denn: „In vielen Fällen könnte die Ampel schlichtweg falsche Signale senden“, meint DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler. Schließlich ist die Eignung eines Produktes für einen Anleger zum Großteil abhängig von dessen individueller Lebenssituation und seiner Risikoneigung. Zudem hängt die Güte eines Produktes von einer ganzen Reihe von Faktoren ab: Tünglers



Beispiel: „Ein Indexfonds auf den DAX mag kurzfristig verglichen mit dem zinsarmen Sparbuch eine riskante Anlage sein. Langfristig und nach Abzug der Inflationsrate vernichtet der Anleger mit dem vermeintlich sicheren Sparbuch aber Kapital.“

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

Delisting gerechter gestalten

Frage: Seit dem sogenannten Frosta-Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) mache ich mir Sorgen um einige meiner Restbestände an Aktien, die ich seit langer Zeit schon in meinem Wertpapierdepot halte, wie beispielsweise Aktien der Strabag AG. Der BGH hat ja die Delisting-Regeln aufgeweicht. Bisher konnte ich darauf vertrauen, dass ein Ausstieg der Emittenten nur über einen Beschluss der Hauptversammlung möglich ist, und auch ein Abfindungsangebot des Großaktionärs notwendig wird. Über das sich anschließende Spruchverfahren wurde dann bisher noch einmal die Angemessenheit des Abfindungsangebotes geprüft und am Ende kam häufig mehr für den Aktionär heraus. Ich frage mich, wie denn die Entscheidung des BGH mit den oft anderslautenden Börsenordnungen vereinbar ist. Was bedeutet das konkret für den Schutz der Aktionäre?

Antwort: Zunächst müssen wir rechtlich unterscheiden zwischen der Entscheidung des BGH i.S. Frosta (AZ II ZB

26/12), die unter gesellschaftsrechtlichen Aspekten weder einen Hauptversammlungsbeschluss noch ein gerichtlich überprüfbares Abfindungsangebot fordert, und den Börsenordnungen der unterschiedlichen Börsen in Deutschland. Bei letzteren handelt es sich um Regelungen zwischen dem Emittenten und der jeweiligen Börse.

Ein Delisting, also ein Widerruf der Börsenzulassung, wie ihn beispielsweise die Strabag anstrebt, ist dann ein Verwaltungsakt und keine gesellschaftsrechtliche Maßnahme. Hier haben wir also die interessante Konstellation, dass einige Börsenordnungen strengere Regeln vorsehen. Die



DSW hat sich aufgrund der katastrophalen Auswirkungen der Frosta-Entscheidung für die Aktionäre beim Gesetzgeber in Berlin bereits massiv für eine entsprechende Gesetzesänderung eingesetzt. Im Übrigen ist auch eine neue Regelung über Brüssel möglich, denn dort existieren Vorschläge der britischen Wertpapieraufsicht FCA, das Delisting wieder anlegergerechter zu gestalten.

DSW-Aktionärskompass: Informiert investieren statt spekulieren

Aktionärsnation Deutschland? Mitnichten. Obwohl der DAX seit Monaten auf ungeahnten Höhen verweilt, hat die andauernde Hausse nicht dazu geführt, dass Wertpapiere und insbesondere Aktien auf der Beliebtheitskala der Bundesbürger massiv nach oben geklettert sind. Vielmehr belegen die jüngsten Zahlen des Deutschen Aktieninstitutes (DAI) erneut, dass die Zahl der Bürger, die eine Affinität zu Wertpapieren haben, stark gesunken ist und Aktionäre damit in Deutschland fast schon zu den gefährdeten Arten gehören.

Die Zahl der Aktienanleger in Deutschland ist erstmals seit 2010 wieder gefallen. Um rund 570.000 reduzierte sich die Zahl der Aktionäre und/oder Aktienfondsbesitzer auf jetzt noch 8,9 Millionen. Damit rückt der absolute Rekord aus dem Jahr 2001 wieder in weite Ferne. Damals besaßen 12,9 Millionen Anleger in Deutschland diese Form von Wertpapieren. „Leider teilt die Politik unsere Überzeugung nicht, dass es sich bei den Aktienanlegern um eine durchaus schätzenswerte Spezies handelt, deren Vermehrung aktiv unterstützt werden sollte“, kritisiert Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW.

Doch: Wie sieht der typische Aktionär in Deutschland überhaupt aus? Welche Produkte bevorzugt er, wie informiert er sich und wie setzt sich sein Portfolio eigentlich zusammen? Dieser Frage ist die DSW gemeinsam mit der FOM Hochschule im aktuellen Aktionärskompass bereits zum zweiten Mal nachgegangen. Genau 510 Aktionäre wurden Ende 2013 dazu befragt. Ein erfreuliches Ergebnis gleich vorab: Die befragten Anleger gehören zum ganz überwiegenden Teil nicht zur Kategorie der kurzfristig orientierten Spekulanten, in die sie öffentlich oftmals völlig zu Unrecht einsortiert werden.

Fast 80 Prozent geben an, dass sie ihre Aktienbeteiligungen im Schnitt mehrere Jahre halten. Immerhin noch rund 16 Prozent bevorzugen bei ihren Papieren eine Haltedauer von bis zu einem Jahr. Gerade einmal ein knappes Prozent steigt bereits nach weniger als einem Monat aus oder um. „Das widerlegt deutlich die Mär vom Spekulanten, der nur am schnellen Geld interessiert ist und unverantwortlich handelt. Leider sind es gerade solche Vorurteile, die mit dazu führen, dass die volkswirtschaftliche Bedeutung, die die Finanzierung von Unternehmen auch durch Privatanleger hat, systematisch unterschätzt wird“, so Tüngler. Im Fokus der befragten Anleger – die insbesondere auf den vielen DSW-Aktienforen quer durch die Republik befragt worden sind – standen naturgemäß Aktien als Einzelinvestments. Fast 97 Prozent gaben an, Einzelaktien im Portfolio zu haben, gefolgt von Investmentfonds, die bei immerhin noch 55 Prozent der Anleger in den Depots liegen.



Hauptversammlung

SCHULER AKTIENGESELLSCHAFT
GÖPPINGEN

- Wertpapierkennnummer A0V9A2
- ISIN DE000A0V9A22

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der am Dienstag, dem 15. April 2014, um 10:00 Uhr in der Stadthalle Göppingen, Blumenstraße 41, 73033 Göppingen, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Den vollständigen Wortlaut der Einladung sowie der Tagesordnung haben wir auf unserer Homepage www.schulergroup.com sowie im Bundesanzeiger am 03. März 2014 veröffentlicht.

Auch Anleihen sind weiterhin sehr beliebt und gehören für rund 42 Prozent der Befragten fest zum Portfolio-Aufbau dazu. Dagegen spielen Gold und Gold-ETFs, Zertifikate sowie Alternative Investments und sonstige Fonds nur bei jeweils 23 bis 28 Prozent eine Rolle.

Ziel der Untersuchung war es auch herauszufinden, wie wertpapieraffine Privatanleger ihre Entscheidungen treffen, welche Informationsquellen sie nutzen und ob Bankberater dabei eine Rolle spielen oder nicht – um nur einige der untersuchten Fragen zu nennen. Nicht sonderlich überraschend ist die Abneigung der Befragten gegenüber der Beratung durch die Bank. Gerade einmal 22,5 Prozent greifen im Vorfeld ihrer Anlageentscheidung darauf zurück.

Dagegen bleibt die informierte Finanzpresse das wichtigste Informationsmedium für die befragten Aktionäre. Fast 80 Prozent gaben an, dass sie sich zuallererst hier informieren und diese Medien regelmäßig konsultieren. Auch die umfangreichen Geschäftsberichte der Unternehmen sind unverändert wichtig. Mehr als die Hälfte aller Aktionäre nutzt die Jahresberichte der Unternehmen, um sich über die wichtigsten Fakten zum eigenen Investment auf dem Laufenden zu halten. Und immerhin noch knapp 48 Prozent gaben außerdem an, dass der Besuch der Hauptversammlung (HV) für sie eine wichtige Informationsquelle darstellt.

Auch die DSW-eigene HV-Plattform www.hauptversammlung.de, auf der komprimiert und übersichtlich alle wichtigen Dokumente und Fakten zu den Hauptversammlungen der großen deutschen Unternehmen zu finden sind, ist in den Kreis der wichtigsten Informationsquellen aufgerückt. 8,4 Prozent der Anleger nutzen das Portal, um sich einen Überblick über die Gesellschaft zu verschaffen.

Hochtief: Geschenke an ACS

Der Essener Baukonzern Hochtief hat das Geschäftsjahr 2013 erfolgreich gemeistert. Der Gewinn vor Steuern stieg von 395 auf 597 Millionen Euro. Nun will das Unternehmen die guten Ergebnisse in Form einer höheren Dividende an seine Aktionäre ausschütten.

Gute Nachrichten für Hochtief-Aktionäre – zumindest auf den ersten Blick: Der Jahresbonus steigt um 50 Prozent auf 1,50 Euro je Aktie. Die üppige Erhöhung kommt wohl nicht zuletzt auf Druck des Hauptaktionärs, der spanischen ACS-Gruppe, zustande. Die Spanier haben bereits im vergangenen Jahr von der guten Lage bei Hochtief kräftig profitiert. So kauften die Essener in breitem Stil Aktien an der Börse zurück. Jetzt wer-



den diese Aktien eingezogen. Das führte einerseits im vergangenen Jahr schon zu steigenden Kursen, andererseits auch dazu, dass der Anteil von ACS nun 56 statt wie bisher 50 Prozent beträgt.

Bei der DSW sieht man das durchaus kritisch: „Das ist ein Geschenk des Hochtief-CEOs Marcelino Fernández an seinen Großaktionär, für das aber alle Aktionäre von Hochtief zahlen müssen“, erläutert Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW. Auch in der Bilanz macht sich das bemerkbar. Dividende und Aktienrückkauf führen dazu, dass die Eigenkapitalquote von 25 auf 22 Prozent sinkt.

Grundwissen für Aktionäre: Das kleine Einmaleins für Investoren

Die Idee ist gut ein Jahr alt, und sie stammt noch vom liberalen Ex-Wirtschaftsminister Philipp Rösler: Knapp zehn Jahre nach dem Scheitern des Neuen Marktes wollte er eine Wiederbelebung des Börsensegmentes versuchen.

Rösler ist inzwischen zwar nicht mehr Minister, doch die Idee, ein Segment für gute junge Unternehmen am deutschen Kapitalmarkt zu haben, ist auch für DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler grundsätzlich attraktiv: „Ein Segment speziell für Mittelständler und junge, kapitalmarktaugliche Unterneh-

men ist sicher nötig – die hiesige Börsenlandschaft kann durchaus eine Frischzellenkur vertragen.“

Deutlich wird dieser Nachholbedarf beim Blick über die Grenzen: Egal ob die USA, Großbritannien oder andere Länder – überall haben junge Unternehmen die Chance, in speziellen Segmenten Börsenluft zu schnuppern und Investoren zu begeistern. Nur in Deutschland nicht – eine Konsequenz aus dem desaströsen Scheitern des Neuen Marktes. Die Folge: Während sich anderswo IPO-Kandidaten die Klinke in die Hand geben, traut sich in Deutschland kaum mal ein Mittelständler aufs Parkett.

Für Tüngler steht fest, dass sich das ändern muss, wenn sich auf der anderen Seite auch wieder mehr Menschen hierzulande für die Aktie und die Börse interessieren sollen. Nur: „Wir müssen unbedingt die Fehler vermeiden, die letztlich zum Scheitern des Neuen Marktes geführt haben. Und das geht nur über ein hohes Maß an Transparenz und wirklich hohe Qualitätsansprüche an die Emittenten.“

Auf der anderen Seite müssen auch die Aktionäre genauer hinschauen. Die Goldgräberstimmung der Jahrtausendwende hatte viele Investoren damals blind für die Realität werden lassen. Kursverdopplungen binnen Tagen sind auf Dauer nicht machbar – und vor allem nicht gesund. Stattdessen sollten Anleger bei ihren Renditeerwartungen realistisch bleiben und einige wichtige Grundregeln beachten, die die DSW zusammengestellt hat. So dient der „DSW-Anlagecheck für Börsengänge“ dazu, Börsenbegriffe mittels eines leicht verständlichen Kriterienkatalogs einordnen zu können. Besonders Punkte wie die Aktionärsstruktur, Verwendung des Emissionserlöses sowie eine mögliche Indexzugehörigkeit sollten speziell unter die Lupe genommen werden. Wird etwa der Emissionserlös für Investitionen verwendet, ist das für Aktionäre ein gutes Zeichen. Fließt der Erlös des Börsengangs nur den Altgesellschaftern zu, dann ist das für Investoren ein abschreckendes Signal.

Auch die „zehn goldenen Regeln für Neuaktionäre“ haben nichts von ihrer Gültigkeit eingebüßt. Wer ein paar einfache Grundregeln beherzigt, wie das Risiko zu streuen, sein Geld langfristig anzulegen, niemals auf Kredit zu spekulieren oder auch den regulierten Markt zu bevorzugen, der kann sein Risiko bei Aktieninvestments deutlich eindämmen. „Besonders wichtig ist zudem, dass sich Aktionäre informieren, über Geschäfts- und Quartalsberichte und andere seriöse und verlässliche Informationsquellen. Im Internetzeitalter ist das ja eigentlich kein Problem mehr, aber dennoch ein ganz wichtiges Rüstzeug für jeden Aktionär“, so Tüngler. Diese Hilfestellungen für Aktionäre in Form von Checklisten bietet die DSW kostenlos

und frei verfügbar auf ihrer Internetseite www.dsw-info.de an. Und diese Regeln haben ihre Gültigkeit bei jedem Börsengang – egal ob dem Neuen Markt nun tatsächlich ein Comeback gelingen wird oder nicht.

HAC-Marktkommentar: DAX 15.000 im Jahre 2020

Liebe DSW-Mitglieder,

so wie die Überschrift fangen Artikel oder Vorträge an, die die meisten Privatanleger gerne lesen und hören. Zwar ist der erste Impuls häufig Unglaube oder Ablehnung, denn schließlich haben sich viele hoffnungsvolle Erwartungen in der Vergangenheit nur allzu häufig als kommende Kursdebakel erwiesen, aber letztendlich findet ein solches Thema doch großen Anklang.

Wenn der Schreiber oder Referent seine These einigermaßen gut begründen kann, vermittelt sie dem Anleger das Gefühl, dass es gut bestellt ist um seine zukünftigen Gewinne und bestärkt ihn vielleicht sogar zu zusätzlichen Investitionen.

Nun muss man bei der oben gewählten Zahl gar nicht von Träumereien sprechen, denn bei einem derzeitigen DAX-Stand von rund 9.500 Punkten reichen schon jährliche Kurssteigerungen von 8 Prozent, um die 15.000 Punkte in sechs Jahren zu erreichen. Anspruchsvoll? Vielleicht. Utopisch? Auf keinen Fall. Denn auch wenn die Kurse in den letzten Jahren gut gelaufen sind, müssen doch immer mehr Anleger den Aktienmarkt wählen, weil es derzeit auch dem letzten klar wird, dass die Zinsen für lange Zeit niedrig bleiben werden. Und Tagesgeldzinsen von 0,2 Prozent im Jahr sind inzwischen der größte Treiber von Anlagen am Aktienmarkt.

Das Problem sind also nicht die (zu) optimistischen Prognosen, sondern die zu erwartenden Kursrückschläge. Wenn der Markt auf dem Weg zu 15.000 Punkten zwischenzeitlich dreimal um 20 Prozent einbricht, dann stehen die Chancen gut, dass viele Anleger dem Aktienmarkt zum falschen Zeitpunkt, und dann vielleicht für immer, den Rücken kehren. Und so können Sie an sich selbst einmal überprüfen, ob Sie „reif“ für die nächsten Höchststände sind: Neigen Sie dazu, bei Kurseinbrüchen im zweistelligen Bereich eher in Panik zu geraten und sich um Ihr Geld zu sorgen oder denken Sie zu diesem Zeitpunkt in erster Linie darüber nach, wo Sie weitere Liquidität herbekommen, um nachkaufen zu können? Und was noch wichtiger ist: Tun Sie das dann auch? Wenn Sie die beiden letzten Fragen mit „Ja“ beantworten können, dann steht „Ihren“ 15.000 Punkten nichts mehr im Wege.

Zamek-Insolvenz: Anleihebesitzer als größte Gläubigergruppe sollten sich Einfluss auf die Sanierungsgespräche sichern

Insolvenz in Eigenverwaltung – das ist der Weg, den der Düsseldorf Lebensmittelhersteller Zamek gewählt hat. Auf Antrag des Unternehmens hatte das Amtsgericht Düsseldorf mit Beschluss vom 25. Februar 2014 das Insolvenzeröffnungsverfahren in Eigenverwaltung über das Vermögen der Günther Zamek Produktions- und Handelsgesellschaft mbH & Co. KG angeordnet und laut Presseberichten Rechtsanwalt Christoph Niering als vorläufigen Sachwalter bestellt.



Betroffen von der Insolvenz sind insbesondere die Anleihegläubiger. Zamek hatte im Mai 2012 eine sogenannte Mittelstandsanleihe mit einem Kupon von 7,75 Prozent p.a. begeben und diese noch einmal aufgestockt, so dass der Bond aktuell ein Gesamtvolumen von 45 Millionen Euro hat. „Damit dürften die Anleihebesitzer bei Weitem die größte Gläubigergruppe stellen. Sie sollten nun darauf achten, dass sie Einfluss auf die Sanierung nehmen können“, erläutert Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW. „Jetzt ist die Zeit, da sich die Gläubiger für die anstehenden Sanierungs- und Restrukturierungsgespräche positionieren müssen und ihre Möglichkeiten als größte Gläubigergruppe nutzen müssen“, so Nieding. Das Gesetz sieht diese Möglichkeit explizit vor. „Umso wichtiger ist es für die geschädigten Anleger, die ihnen durch das Gesetz eingeräumte Möglichkeit zu nutzen und einen Gemeinsamen Vertreter zu bestellen, der stellvertretend für die Anleihegläubiger tätig wird und – was viele Anleihegläubiger nicht wissen – für die Anleihegläubiger persönlich keine unmittelbaren Kosten auslöst, da er von der Gesellschaft bzw. aus der Insolvenzmasse bezahlt wird“, sagt Nieding.

Die Zamek-Gruppe ist ein international tätiges, führendes deutsches Familienunternehmen der Lebensmittelbranche und entwickelt, produziert und vermarktet Brühen, Suppen, Soßen, Würze und Fertiggerichte. Mit Hilfe der Insolvenz in Eigenverwaltung will sich Zamek Zeit für die Sanierung verschaffen und sich vor den Gläubigern schützen, um sich letzt-

lich sanieren zu können. Voraussichtlich ist daher nicht mit der fälligen Zinszahlung für die Anleihe im Mai 2014 zu rechnen. Der Börsenkurs ist in den vergangenen Tagen um mehr als 50 Prozent auf nur 13 Punkte gefallen.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen der DSW-Vizepräsident, Rechtsanwalt Klaus Nieding, zur Verfügung.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
 Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

SAG Solarstrom AG: Einladung zur Anleihegläubigerversammlung

Die insolvente S.A.G Solarstrom AG hat ihre Anleihegläubiger zur Gläubigerversammlung eingeladen. Am 11. April sollen die Veranstaltungen für die beiden Unternehmensanleihen stattfinden.

Auf den jeweiligen Tagesordnungen steht unter anderem auch die Wahl eines sogenannten Gemeinsamen Vertreters. „Die Möglichkeit der Einflussnahme der Anleger mittels des Gemeinsamen Vertreters wird häufig unterschätzt. Dabei ist klar: Nur wenn die Gläubiger mit einer Stimme sprechen, haben sie eine reelle Chance, ihre Forderungen erfolgreich durchzusetzen. Andernfalls droht eine Zersplitterung der Interessen, die in der Regel zu schlechteren Ergebnissen führt. Auch wissen viele Anleger nicht, dass für sie persönlich durch die Einsetzung eines Gemeinsamen Vertreters keine zusätzlichen Kosten entstehen“, sagt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW, der in ähnlichen Insolvenzverfahren wie etwa Solar Millennium oder Windreich bereits die Interessen der Gläubiger als Gemeinsamer Vertreter vertritt. Insgesamt 41,868 Millionen Euro hatte das Unternehmen allein mit den beiden Unternehmensanleihen eingesammelt (WKN: A1E84A/ISIN: DE000A1E84A4; WKN: A1K0K5/DE000A1K0K53). Nieding bietet betroffenen Anlegern die Vertretung auf den nunmehr anberaumten SAG-Anleihegläubigerversammlungen an und wird sich selbst um das Amt des Gemeinsamen Vertreters bewerben, um die Interessen der Anleihegläubiger im Insolvenzverfahren zu wahren.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen der DSW-Vizepräsident, Rechtsanwalt Klaus Nieding, zur Verfügung.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
 Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

Plötzlich Mitunternehmer – Anleger von den meisten Banken im Stich gelassen

Tausende von Anlegern sehen sich derzeit schwierigen Entscheidungen ausgesetzt: In langen Anschreiben werden ihnen sogenannte Restrukturierungskonzepte erklärt und sie werden zur Zahlung von Restrukturierungsbeiträgen aufgefordert.

Spätestens durch diese Schreiben erfahren viele Anleger, dass sie zum Mitunternehmer einer gesellschaftsrechtlichen Beteiligung geworden sind. Die Beratungen insbesondere der Großbanken trugen diesem Umstand jedoch keine Rechnung. Im Gegenteil: Die Anlageentscheidung der Kunden beruhte meist auf einer verkäuferischen Empfehlung und die Beteiligung der Kunden erfolgte dann auf einem formalisierten Beitrittsformular.

Während die Gründung und der Beitritt zu einem bestehenden Unternehmen mit sehr viel mehr anwaltlicher und steuerlicher Beratung verbunden ist, wurden hier solche Beteiligungsmodelle mit geringem Arbeitseinsatz „vertriebsfähig“ gemacht. Beim Blick auf die vielen Urteile ist ersichtlich, dass es sich bei den meisten der geschlossenen Fonds nicht um unseriöse Kapitalanlagen handelt, sondern dass die ganze Problematik und Unsicherheit bei den Anlegern dadurch ausgelöst wurde, dass die Banken die Komplexität der Produkte nicht verstanden hatten, beziehungsweise nicht verstehen wollten. Darüber hinaus hat auch die gefestigte Rechtsprechung dem Umstand Rechnung getragen, dass sich hier ein ganz starker Vertriebsdruck aus dem Vertriebs- und Provisionsinteresse der Banken ergeben hat.

Daher muss an dieser Stelle ein deutlicher Apell an die Banken gerichtet werden, nunmehr die Kunden bei der Lösung ihrer „mitunternehmerischen Probleme“ aktiv zu unterstützen! Im Gegenteil aber weisen die Banken sowohl in den außergerichtlichen Beschwerdeverfahren als auch vor Gericht stets die Verantwortung zurück.

Der Bundesverband deutscher Banken ist hier aufgefordert, zum Beispiel über eine Bündelung von Interessen der Anleger, Schäden für die Beteiligungsgesellschaften abzuwenden und Restrukturierungsvorhaben zu unterstützen. Nur durch solche freiwilligen Maßnahmen kann hier das Vertrauen der Kunden in ihre Banken wieder hergestellt werden. Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt erscheint es sehr wichtig, dass die Gesellschaften nicht durch Klagen, die gegen sie selbst gerichtet werden oder durch „feindliche Übernahmen“ selbst ernannter Anlegerschützer handlungsunfähig werden! Der Bundesverband deutscher Banken möge sich hier nunmehr ausdrücklich positionieren

und damit einen Beitrag zur Stärkung des Vertrauens der Privatkunden liefern.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Rechtsanwalt Dr. Peer Koch zur Verfügung. Dr. Koch ist Landesgeschäftsführer der DSW für den Landesverband Bremen.

Sie erreichen Herrn Dr. Koch unter:
 Tel.: (0421) 36505-0,
www.einem.de

Deutsche-Bank-Fonds: „Patent Select I“ kostet Anleger viel Geld

Die Idee, an der wirtschaftlichen Verwertung von Erfindungen mitzuverdienen, klingt gerade in Deutschland, dem Land der Tüftler, vielversprechend.

Die Deutsche Bank hat das zum Anlass genommen, um im August 2006 über eine Beteiligungsgesellschaft den geschlossenen Fonds „Patent Select I“ aufzulegen. Insgesamt wurden damit 24 Millionen Euro bei vermögenden Privatanlegern eingesammelt. Die Mindestzeichnungssumme betrug 50.000 Euro. Im Jahr 2011 meldete die IP Bewertungs AG (IPB), der wesentliche Dienstleister der Fondsgesellschaft bei der Veredelung und Verwertung der Patente, Insolvenz an. Im August 2013 wurden dann 10 Prozent des Beteiligungskapitals an die Anleger ausgezahlt. Der Fonds befindet sich in Liquidation.

Im Gegensatz zu den Anlegern war der Fonds für die Deutsche Bank ein glänzendes Geschäft. Laut Medienberichten sind dem Institut für die Vermittlung von Fondsanteilen 10 Prozent der jeweiligen Zeichnungssumme zugeflossen. Weitere 5,65 Prozent wurden für die Konzeption fällig. „Betroffenen Anlegern muss klar sein, dass eventuelle Ansprüche aufgrund fehlerhafter Angaben im Prospekt bereits verjährt sind“, sagt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW. „Über die hohen Rückflüsse hätte die Deutsche Bank im Rahmen der Vermögensverwaltung und Anlageberatung ihre Kunden aber aufklären müssen. Wurde das nicht getan, können Anleger gegebenenfalls Schadenersatzansprüche geltend machen“, sagt der Kapitalanlagerechtleger.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen der DSW-Vizepräsident, Rechtsanwalt Klaus Nieding, zur Verfügung.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
 Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

3W Power mit erfolversprechendem Restrukturierungsplan: Jetzt sollen die Anleihegläubiger zustimmen

Mit einem weitreichenden Restrukturierungskonzept will die 3W Power S.A. ihre finanziell angespannte Situation in den Griff bekommen. Eine entscheidende Rolle kommt dabei den Anleihegläubigern zu. Sie sollen auf einer Gläubigerversammlung am 9. April 2014 den Plänen zustimmen, die auch für sie weitreichende Veränderungen mit sich bringen.



Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW, der im Fall 3W Power vom Unternehmen als Ansprechpartner für die Anleihegläubiger vorgesehen ist und in die Verhandlungen mit dem Unternehmen eingebunden war, steht den Plänen des Managements grundsätzlich positiv gegenüber: „Mit der Annahme des Restrukturierungsplanes sichern die Anleihegläubiger nicht nur den Fortbestand des Unternehmens, sondern verbessern gleichzeitig die Chance, ihre Investition zurückzuerhalten. Die geplante Laufzeitverlängerung der Anleihe und die Änderung der Höhe der jährlichen Zinsen sind durchaus geeignet, um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens auch in Zukunft zu sichern.“

Im Detail sieht die Neuordnung vor, dass 50 Prozent des Anlehekaptals (nominal 50 Millionen Euro) im Wege eines sogenannten Debt-to-Equity-Swaps in Eigenkapital umgewandelt werden. Die übrigen 50 Prozent werden in eine neue Anleihe mit fünfjähriger Laufzeit überführt, die im ersten Jahr mit 4

Prozent verzinst würde. In den Folgejahren sollen die Zinsen jeweils um 2 Prozentpunkte steigen. Im letzten Jahr läge der Zinssatz somit bei 12 Prozent. Gezahlt werden sollen die Zinsen halbjährlich.

Besichert sind die Zahlungsverpflichtungen aus der Anleihe (Kapital und Zinsen) mit Sicherungspfandrechten an Tochtergesellschaften und sämtlichen Kontokorrentkonten der Emittentin sowie Sicherungsabtretungen von sämtlichen Darlehensforderungen der (direkten oder indirekten) Muttergesellschaften gegen die verpfändeten Tochtergesellschaften. Der Restrukturierungsplan sieht außerdem eine Barkapitalerhöhung über 4 Millionen Euro vor, für die den heutigen Aktionären ein Bezugsrecht eingeräumt werden soll. Darüber hinaus erhalten die Aktionäre keine Dividende, bis die Anleihe vollständig zurückbezahlt wurde.

Diese strukturelle Sanierungsidee ist komplex, aber durchaus vielversprechend, meint Anleiheexperte Nieding: „Der Restrukturierungsplan, insbesondere der darin enthaltene Debt-to-Equity-Swap, und die Neuordnung der Verbindlichkeiten lässt die Anleihegläubiger zum einen als künftige Aktionäre an der geschäftlichen Entwicklung des Unternehmens partizipieren, gleichzeitig wird durch die Herabsenkung der Zinshöhe für die neue Anleihe die Liquiditätssituation des Unternehmens verbessert. Zudem erhalten die Anleihegläubiger für die neue Anleihe zusätzliche Sicherheiten. Insoweit gehen wir davon aus, dass die konstruktive Neuordnung der Anleihe auch im Interesse der Anleihegläubiger ist.“

„Ganz ohne Einbußen ist es nicht möglich, das Kapital der Anleihegläubiger zu erhalten. Aber ich halte die gefundene Lösungsmöglichkeit für deutlich positiver, als alle anderen Alternativen, die wir gemeinsam mit der Gesellschaft und den Beratern durchgespielt haben. Ich empfehle daher, für die Annahme dieser Restrukturierung zu stimmen“, sagt Nieding.

Die Rechtsanwaltsaktiengesellschaft Nieding + Barth vertritt Anleihegläubiger bei der bevorstehenden Versammlung am 9. April wieder. Benötigt werden für die Interessenvertretung ein aktueller Sperrvermerk und eine Vollmacht. Die Zeit drängt, da die Anmeldungen spätestens bis zum 6. April an die Gesellschaft übermittelt sein müssen.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen der DSW-Vizepräsident, Rechtsanwalt Klaus Nieding, zur Verfügung.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de



US-Wirtschaft nimmt Fahrt auf

Nach einem eher schwachen Start ins neue Jahr nimmt der US-Wirtschaftsmotor allmählich Fahrt auf; dies signalisieren zumindest einige der zuletzt veröffentlichten Konjunkturindikatoren. Im Euroraum lassen die jüngsten Daten hingegen zu wünschen übrig.

Es geht wieder bergauf – zumindest in den Vereinigten Staaten. Die zu Jahresbeginn teilweise enttäuschenden Konjunkturdaten gehen wohl am ehesten auf das Konto des sehr strengen US-Winters. Daher überrascht es auch nicht, dass Fed-Chefin Janet Yellen auf der letzten Sitzung des Offenmarktausschusses (FOMC) eine erneute Drosselung des US-Anleiheaufkaufprogramms beschlossen hat – und zwar um weitere zehn Milliarden Dollar.

Demnach wird, wie von vielen Experten bereits im Vorfeld erwartet, der monatliche Aufkauf von US-Treasuries und hypotheckenbesicherten Anleihen ab April nur noch ein Volumen von 55 Milliarden Dollar aufweisen.

Erste US-Leitzinserhöhung im Frühjahr 2015?

Dass Yellen zuversichtlich in die Zukunft blickt, zeigt auch die indirekt angedeutete Leitzinserhöhung für das Frühjahr 2015; bisher waren Experten davon ausgegangen, dass der US-Schlüsselzins erstmals im Herbst 2015 angehoben werden könnte.

US-Konjunkturindikatoren überzeugen

Mut macht zum einen, dass der viel beachtete nationale Einkaufsmanagerindex ISM für das Verarbeitende Gewerbe im Februar positiv überraschen konnte. Während der Markt einen Stand von 52,3 Punkten erwartet hatte, stieg

der Index von 51,3 auf 53,2 Zähler. Auch der US-Arbeitsmarkt entwickelte sich im Februar erfreulich, schließlich konnten statt der erwarteten 149.000 immerhin 175.000 neue Stellen geschaffen werden.

Kein Wunder, dass daher im März auch das vom Conference Board ermittelte Verbrauchervertrauen zulegte – und zwar um 4 auf 82,3 Punkte. Bergauf ging es auch mit der US-Industrieproduktion. Trotz der immer noch sehr kalten Temperaturen verzeichnete sie im Februar einen Anstieg um 0,6 Prozent. „Dies war deutlich mehr als von uns und dem Markt erwartet wurde und übertraf sogar noch die optimistischste Analystenschätzung“, so Thilo Heidrich, Analyst der Postbank. Die US-Einzelhandelsumsätze bewegten sich hingegen „lediglich“ im Rahmen der Erwartungen; gegenüber dem Vormonat stiegen sie im Februar um 0,3 Prozent.

Im Euroraum sieht es nicht so rosig aus

Auf dem alten Kontinent bereiten einige der zuletzt veröffentlichten Daten hingegen weniger Freude, wahrscheinlich auch aufgrund der Krim-Krise. So gab vorläufigen Zahlen zufolge der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe im März um 0,2 auf 53,0 Punkte nach. Das Pendant für den Dienstleistungssektor schrumpfte ebenfalls um 0,2 Punkte auf 52,4 Zähler. Der vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung ermittelte ZEW-Index enttäuschte ebenfalls. Im März sank der Index für die konjunkturellen Aussichten für Deutschland bereits zum dritten Mal in Folge – von 55,7 auf 46,6 Punkte. Das wichtigste heimische Stimmungsbarmeter, der Ifo-Geschäftsklimaindex, musste im März nach zuvor vier Anstiegen in Folge ebenfalls Federn lassen, wenngleich das Minus von 111,3 auf 110,7 Punkte recht überschaubar ausfiel.



Turbulente Zeiten

Zuerst waren es die Amerikaner, jetzt sind es die Russen. (Geld-)politische Entscheidungen und Machtdemonstrationen Putins halten die Börsen weltweit in Atem und setzten die Aktienkurse im Monatsverlauf teilweise unter Druck. Auch Edelmetalle gaben einen Teil ihrer seit Jahresbeginn erzielten Gewinne wieder ab.

Das Geld wird knapper. Im April wird die US-Zentralbank nur noch für 55 Milliarden US-Dollar Staatsanleihen und Hypothekenscheine aufkaufen. Das hat die neue Fed-Chefin Janet Yellen auf der letzten Notenbanksitzung Mitte März bestätigt. Ab April wird das sogenannte Quantitative Easing 3 Programm also um weitere zehn Milliarden US-Dollar gedrosselt. Der Leitzins soll indes auf niedrigen 0,25 Prozent bleiben.

Neben der restriktiven US-Geldpolitik macht den Börsianern auch die Krise in der Ukraine zu schaffen. Nachdem das Referendum über die Annexion der vormals ukrainischen Krim-Halbinsel quasi im Eilverfahren abgesegnet wurde, hat sich die Lage an den Börsen zwar kurzzeitig entspannt. Ob neben den bereits eingeleiteten Sanktionen, die in erster Linie Kontosperrungen und Einreiseverbote umfassen, weitere folgen werden, ist derzeit noch ungewiss.

Fakt ist jedoch, dass die russische Börse zuletzt kräftig unter Druck geraten ist. Als die EU Mitte März Sanktionen verkündet hat, ist der russische Leitindex RDX besonders stark abgesackt. Als sich die angespannte Situation auf der Krim jedoch kurz danach entspannte, konnte auch der RDX wieder kräftig aufholen und auf Monatsicht 9,4 Prozent an Wert gewinnen. In den letzten sechs Monaten summieren sich die Verluste allerdings noch auf fast 16 Prozent. Die Gründe hierfür liegen jedoch auch an der schwächelnden russischen

Wirtschaft, die schon vor der Krim-Krise ins Stocken geraten ist. Zudem verliert die russische Währung immer stärker an Wert. Der Euro hat in den letzten sechs Monaten im Vergleich zum russischen Rubel 11 Prozent an Wert gewonnen. Experten gehen davon aus, dass Russland bald in eine Rezession schlittert.

Weltweite Verluste

Auch weltweit enttäuscht die Entwicklung der Börsenkurse. Allerdings konnten die meisten Indizes in der letzten Woche wieder Boden gut machen und die zwischenzeitlichen Verluste aufgrund der Krim-Krise wieder aufholen. So hat der deutsche Leitindex im letzten Monat 2,6 Prozent, der MDAX gut 1 Prozent, der SDAX etwa 2,5 Prozent und der TecDAX 2 Prozent an Wert gewonnen. Auch der US-amerikanische Leitindex hat sich im gleichen Zeitraum wacker geschlagen und 2,3 Prozent an Wert gewonnen, der EuroStoxx 50 sogar 4,3 Prozent.

Da die Hoffnung steigt, dass sich die Lage rund um die Krim-Krise nicht weiter verschärfen wird, verloren auch Edelmetalle als sichere Häfen wieder an Attraktivität. So kostet eine Feinunze Gold im Vergleich zum Vormonat 5,2 Prozent weniger, der Silberpreis verlor indes gar 7,7 Prozent an Wert.

Bund Future gewinnt

Vermeintlich sichere Bundesanleihen konnten hingegen von der Verunsicherung profitieren, rund 0,4 Prozent machte der Bund Future im Vergleich zum Vormonat an Boden gut. Der Druck auf die europäische Gemeinschaftswährung hat sich jedoch in den letzten vier Wochen wieder erhöht. Vor allem die Spekulationen rund um eine mögliche Lockerung der Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank machten dem Euro zu schaffen. Im Vergleich zum Vormonat wertete er daher im Vergleich zum Greenback leicht um 0,1 Prozent ab.

Veranstaltungen – April 2014

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten offen stehen – so zum Beispiel der unmittelbaren Diskussion mit dem Management. Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um circa 21 Uhr.

Derzeit sind Veranstaltungen in folgenden Städten geplant:

Datum	Ort
07. April 2014	Hamburg
14. April 2014	Hannover
16. April 2014	Wiesbaden
24. April 2014	Essen

➤ **Veranstaltungsübersicht**

Anmeldungen für alle Aktienforen bitte an:
seminare@dsw-info.de

HAC-Webinare

Informationen bilden die Grundlage für Ihre Entscheidungen. Börsen- und Finanzwissen neutral unabhängig und leicht verständlich zu vermitteln, ist wichtigstes Anliegen des Hanseatischen Anleger-Clubs (HAC). Der HAC bietet interessierten Anlegern nunmehr auch die Teilnahme an Webinaren zu den verschiedensten Themen rund um die Geldanlage an.

Die Teilnahme an den Webinaren ist kostenlos.

Die nächsten Webinare finden statt am:

Datum	Thema
08. April 2014 11:00 Uhr	Geschlossene Beteiligungen: Super-Rendite oder Super-Risiko?
10. April 2014 19:00 Uhr	Geschlossene Beteiligungen: Super-Rendite oder Super-Risiko?
28. April 2014 19:00 Uhr	Das leistet der Club für Privatanleger

Anmeldung für alle Webinare erwünscht unter:
www.hac.de/termine.html

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfischer (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfischer, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Christiane Hölz, 0211-6697-15; christiane.hoelz@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 2: Matthias Sandmann; Seite 2: © Neyro- Fotolia.com; Seite 4: © Edler von Rabenstein- Fotolia.com; Seite 6: © robert6666- Fotolia.com; Seite 8: © Iorhelm- Fotolia.com; Seite 1-8 & 11: © H-J Paulsen - Fotolia.com; Seite 9 © EvrinKalinbacak- Fotolia.com; Seite 10: © Petrus Bodenstaff- Fotolia.com; Seite 11: © gena96 - Fotolia.com

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Werden Sie Mitglied der DSW!



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.

DSW
Die Anlegerschützer

Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.

JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank

Kontonummer

BLZ

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.
Per Post senden an:

DSW –
Deutsche Schutzvereinigung
für Wertpapierbesitz e. V.
Postfach 350163
40443 Düsseldorf
Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22
Telefax: 02 11/66 97 60
Internet: www.dsw-info.de
E-Mail: dsw@dsw-info.de